



RATSREPORT SPD-FRAKTION

24.03.2015



KEINE ERSTAUFNAHMEEINRICHTUNG IN KÖLN

In ihrem gemeinsamen Antrag forderten die Fraktion Die Linke, die Piratengruppe und die Gruppe Deine Freunde die Zustimmung des Rates auf Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW in Köln. „Wir lehnen eine weitere Massenunterkunft in Köln ab“, so Christian Joisten, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln. „Damit würden wir die Leitlinien für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge weiter aus den Augen verlieren. Das können wir weder gegenüber den Flüchtlingen noch gegenüber den vielen Ehrenamtlichen, die eine wunderbare Willkommenskultur leben, nicht vertreten.“ so Joisten weiter.

Der Sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Paetzold ist der Auffassung „dass eine solche Großeinrichtung weder den Flüchtlingen noch den Bürgern und erst recht nicht der Integration der Menschen, die zu uns geflohen sind, gut tut. Es ist schlimm genug, dass uns die Not zwingt mit der Herkulesstraße eine solche Großeinrichtung zu betreiben. Die Hilfsbereitschaft und das ehrenamtliche Engagement der Bürger dieser Stadt sollten nicht unnötig strapaziert werden“, so Paetzold weiter. Abschließend hat die SPD die Verwaltung beauftragt, möglichst zeitnah ein Konzept mit Mindeststandards zur Unterbringung von Flüchtlingen vorzulegen.

Diese sollen die minimalen Erfordernisse für eine menschenwürdige Unterbringung benennen, solange unsere Leitlinien aus dem Jahr 2004 nicht eingehalten werden können. Selbstverständlich bleiben die Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen weiterhin Zielsetzung des städtischen Handelns, zu denen die Verwaltung zurückkehren soll.

🔗 http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=50615&voselect=13474

MEHR BETREUUNGSANGEBOTE FÜR FLÜCHTLINGE

Rat beschließt mit breitem Konsens die weitere Unterstützung des Projektes „Zentrum für Willkommenskultur“ des Kölner Flüchtlingsrates e.V. und der Kölner Freiwilligen Agentur e.V.. Durch den von der SPD geforderten Ausbau können weitere Initiativen an zusätzlichen Standorten unterstützt werden. „Bei den steigenden Flüchtlingszahlen muss es unser Bestreben sein, ein angemessenes Betreuungsangebot für die ankommenden Flüchtlinge wie auch die unterstützenden Organisationen zu installieren“, so Michael Paetzold, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Wir verbessern damit die Lebensbedingungen der Flüchtlinge und sorgen gleichzeitig für die Steigerung der Akzeptanz in der Nachbarschaft der Unterkünfte“, so Paetzold weiter.

Zukünftig können an zwei festen Standorten engagierte Kölnerinnen und Kölner alle erforderlichen Informationen erhalten. Zusätzlich soll eine stärkere Vernetzung der Initiativen sichergestellt werden.

Erste Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger im Bezirk sind nach wie vor die Bürgerämter.

🔗 http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=49352&voselect=13474

http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=49352&voselect=13474

FLÜCHTLINGSKINDERN BESSER HELFEN

Mit einer Ausweitung ihres Angebots in den bestehenden Kinder- und Jugendeinrichtungen will die Stadt Flüchtlings- und Zuwandererkinder stärker integrieren. Für die Aufgabe beschloss der Rat zusätzliche 700.000 Euro bereitzustellen. Im kommenden Jahr werden es sogar über 1,4 Millionen Euro sein. Bereits im vergangenen Jahr hatte die SPD-Fraktion weitere Integrationsangebote für Kinder und Jugendliche gefordert. Fast die Hälfte aller Flüchtlinge und Zuwanderer sind minderjährig. Wie die Jugendverwaltung mitteilt, reichen die vorhandenen Integrationsressourcen nicht aus, um den gestiegenen Bedarf für Kinder und Jugendliche aus den mehr als 15 neuen Gemeinschaftseinrichtungen zu decken. Um die dringend erforderlichen Integrationsangebote starten zu können, sind zusätzliche Finanzmittel notwendig. Mit dem Geld werden neue Freizeitangebote in allen neun Stadtbezirken, sowie in der Nähe der Flüchtlingsunterkünfte geschaffen. Außerdem wird die vorschulische Bildung und Integrationshilfe für die Eltern gefördert. Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses Dr. Ralf Heinen lobte das neue Angebot: „Es ist ein wichtiger Schritt, die sehr zersplitterten Angebote durch eine bessere Koordination zusammenzuführen und die Dienste in direkter Nachbarschaft der neuen Flüchtlingseinrichtungen auszubauen.“

MIT DEN GEDANKEN BEI DEN ANGEHÖRIGEN

Mit einer Schweigeminute gedachte heute der Rat der Stadt Köln den Opfern des heutigen Flugunglücks. Wir sind tief erschüttert. Unsere Gedanken sind bei den Menschen, die heute beim Flug 4U9525 ums Leben gekommen sind. Unser Mitgefühl gilt ihren Angehörigen und Freunden.





ERWERB DES BAUMARKTES IN KÖLN-PORZ WIRFT NACH WIE VOR FRAGEN AUF

Für die SPD steht die Beantwortung zentraler Fragen bei der Unterbringung von Flüchtlingen nach wie vor im Mittelpunkt. Mit großer Sorge beobachtet die SPD die aktuelle Entwicklung bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Köln. Seit Monaten schon versucht die Verwaltung der Unterbringungsnot der Zuflucht suchenden Menschen Herr zu werden. Jedoch scheint es an einem tragfähigen Konzept zu mangeln. So wurden die Fraktionen am 09.03.2015 per Dringlichkeitsentscheidung um Zustimmung zum Erwerb des Baumarktes nebst 7-geschossigem Verwaltungsgebäude in Köln-Porz gebeten. Der ehemalige Baumarkt wurde bereits im vergangenen Jahr mit Zustimmung des Eigentümers beschlagnahmt, für 1,47 Mio. Euro hergerichtet und für die Unterbringung von derzeit 270 Menschen zur Verfügung gestellt. Die zuständige Dezernentin hatte bei einer Infoveranstaltung am 02.10.2014 eine befristete Belegung bis maximal Oktober 2015 angekündigt.

Am 12.03.2015 nun wurde das Ensemble mit Zustimmung der Fraktionen von CDU, Grünen und Die Linke erworben. Eine Herrichtung des angrenzenden Verwaltungsgebäudes zur Unterbringung von Flüchtlingen wird geprüft. Lt. Aussage der zuständigen Dezernentin sollen die Flüchtlinge dann in das Verwaltungsgebäude umziehen und der ehemalige Baumarkt als Gemeinschafts-, Spiel- bzw. Unterrichtsfläche genutzt werden. Die SPD hat ihre Zustimmung zum Erwerb des Baumarktes von Antworten auf drängende Fragen, zum beabsichtigten Vorgehen der Verwaltung abhängig gemacht. Plant die Verwaltung die Aufnahmekapazität an diesem Standort auf nahezu 600 Menschen zu verdoppeln, wird der Standort für eine weitere Massenunterkunft in Köln hergerichtet und wird die ursprünglich zur Gefahrenabwehr befristete Unterbringung zeitlich ausgedehnt?

Die Fragen wurden auch in der heutigen Ratssitzung nicht konsequent beantwortet. „Die SPD steht zu ihrer Verantwortung, gemeinsam mit der Verwaltung und der ganzen Stadtgesellschaft nach vertretbaren Lösungen für die Flüchtlingsunterbringung zu suchen“, so Michael Paetzold, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Wir haben aber auch eine Verantwortung gegenüber den Menschen, die bei uns Zuflucht suchen.“ so Paetzold weiter. „Derzeit können wir auf eine große Akzeptanz in der Bevölkerung und ein hohes Maß an bürgerschaftlichem Engagement bauen. Das dürfen wir aber in dieser schwierigen Lage nicht aufs Spiel setzen. Das Vertrauen der Bevölkerung in unser Reden und Tun ist uns ein ganz wichtiges Gut“, so Christian Joisten, integrationspolitische Sprecher der SPD. „Die Leitlinien für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge in Köln halten wir derzeit nicht mehr ein. Dabei dürfen wir einzelne Standorte nicht über Gebühr belasten und müssen für eine sozialverträgliche Verteilung Sorge tragen. Wir brauchen dringend ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Unterbringung der Menschen und damit auch eine zügige Rückkehr zu den Leitlinien“, so Joisten.





NEUE HOFFNUNG FÜR CHORWEILER

Die SPD für spricht sich für den Ankauf der sog. Bergstedt-Immobilien durch die GAG Immobilien AG aus. Für die unter Zwangsverwaltung stehenden Häuser an der Stockholmer Allee und der Osloer Straße in Chorweiler zeichnet sich eine Lösung für die Bewohnerinnen und Bewohner ab. Um eine Zwangsversteigerung der Immobilie und einen möglichen Erwerb durch sog. Heuschrecken zu verhindern, soll die GAG die Wohnungen übernehmen. Anschließend soll die GAG mit der Erbringung von Gemeinwohlaufgaben betraut werden. Die GAG wird die notwendigen Instandsetzungen vornehmen. Zudem soll sie Steuerungsinstrumente entwickeln, um die einseitige Mieterstruktur aufzulockern. Für vor Ort tätige Vereine und Gruppen sind Treffpunkte in den Wohnblocks angedacht. Die Eingangsbereiche sollen neu gestaltet werden; im Rahmen von sog. „Concierge-Lösungen“ sollen Pförtner am Empfang als Ansprechpartner fungieren.

SPD-Ratsherr und Oberbürgermeisterkandidat Jochen Ott sprach sich in der heutigen aktuellen Stunde zu „Engagement der GAG als Chance für die Entwicklung von Chorweiler“ klar für diese Planungen aus. Weiter führt Ott aus: „Wir müssen den nun endlich gefundenen Weg einschlagen und konsequent zu Ende gehen! Nun sind die Gremien von Stadt und GAG gefordert, die notwendigen Beschlüsse zu fassen, um den betroffenen Menschen in Chorweiler wieder ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Es ist gelungen viele verschiedene Akteure und Personen für eine Lösung zusammen zu bringen. Gut, dass wir die GAG als aktiven Partner haben.“

Fraktionsvorsitzender Martin Börschel ergänzt: „Einmal mehr zeigt sich, dass der vor 12 Jahren von CDU und FDP beabsichtigte Verkauf der GAG-Aktien ein rein auf Kurzfristigkeit angelegter Umgang mit kommunalem Vermögen gewesen wäre. Verantwortungsvolle Beteiligungspolitik sieht anders aus!“

Ott abschließend: „Ich weiß, dass Bund und Land eine gute Zukunft für Chorweiler gemeinsam unterstützen. Neben den jetzt beabsichtigten Maßnahmen müssen wir perspektivisch nämlich auch über eine städtebauliche und ökologische Umgestaltung von Chorweiler-Mitte nachdenken. Ein städtebaulicher Wettbewerb ist sinnvoll.“ Erste von Studierenden entwickelte Ideen bestehen bereits.

Weitere Informationen zur aktuellen Stunde befinden sich hier:

http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=50574&voselect=13474



CC-Bildrechte: Achicraft

GRÜNES LICHT FÜR GENERALSANIERUNG

Bereits vor einigen Wochen hat sich die SPD-Fraktion einstimmig für die Generalsanierung der Zentralbibliothek am Neumarkt ausgesprochen. „Der Rat ist diesem Votum heute gefolgt. Die Bibliothek kann somit an ihrem jetzigen Standort bleiben. Sie ist Teil des Kulturzentrums am Neumarkt und rundet neben dem Rautenstrauch-Joest-Museum, dem Museum Schnütgen und der Volkshochschule, die in diesem Jahr wieder eröffnet, das Kulturangebot im Zentrum Kölns ab“, so Prof. Klaus Schäfer, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln.

Die Fachverwaltung hat in den letzten Wochen neben der Generalsanierung auch den Neubau an derselben Stelle, sowie einen Neubau an anderer Stelle geprüft. Die Generalsanierung hat sich nachweislich als die günstigste und schnellste Variante erwiesen. Die Planungen können nun zügig vorangehen, damit die umfangreichen Bauarbeiten 2017 beginnen, im Jahre 2020 abgeschlossen sind und die Bürgerinnen und Bürger dann wieder das komplette Angebot der Bibliothek nutzen können.

http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=47415&voselect=13474



STADT REINIGT WIEDER VERSTÄRKT SELBST

Mehrheitlich hat der Rat der Stadt Köln heute beschlossen, die Gebäudereinigung wieder verstärkt mit eigenem Personal durchzuführen. Dank effizienzsteigernder Maßnahmen ist die Eigenreinigung im Vergleich zur Fremdreinigung wirtschaftlicher. Für die SPD-Fraktion ist es zudem wichtig, nicht ausschließlich wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen. Die Stadt Köln hat als öffentliche Hand dezidiert auch soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Köln engagiert sich bereits stark im sozialen Bereich, wir wollen keine Ausbeutung oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse unterstützen. In Zukunft kann die Stadt als Arbeitgeber wieder ganz konkret die Arbeits- und Sozialbedingungen gestalten.

WDR UND BÜHNEN ARBEITEN ZUSAMMEN

Oper und Schauspiel wollen gemeinsam mit dem WDR durch eine engere Zusammenarbeit Synergie-Effekte nutzen. Der WDR verfügt in Bocklemünd über einen hochmodern ausgestatteten Werkstatt- und Veranstaltungstechnikbetrieb mit rund 170 Arbeitskräften. Seit einigen Jahren ist ein Rückgang an aufwändigen TV-Produktionen zu verzeichnen. Deshalb reduziert der WDR seit geraumer Zeit seinen Ausstattungs- und Produktionsbetrieb in Bocklemünd und wird diesen auch weiter verschlanken, Maschinenpark und Produktionsflächen sind nicht vollständig ausgelastet.

Im Rahmen der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz sollten auch die Werkstätten von Oper und Schauspiel modernisiert werden. Die bisherigen Werkstätten in Köln-Ehrenfeld sind veraltet; das ehemals als Lager errichtete Gebäude ist baufällig und zu klein. „Der Rat der Stadt Köln hat die Verwaltung deshalb beauftragt, in Zeiten knapper werdender öffentlicher Mittel nach Synergien für den Betrieb zu suchen. Mit dem WDR wurde ein solventer und inhaltlich passender Kooperationspartner gefunden“, so Prof. Klaus Schäfer, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln. Die ursprünglich für die Werkstattdsanierung geplante Summe von 9 Millionen Euro konnte auf rund 4,3 Millionen reduziert werden, die Stadt Köln spart somit fast 5 Millionen Euro ein.

http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=49621&voselect=13474



CC-Bildrechte: Flickr - R/DV/RS

ANPACKEN FÜR SPORTHALLE SÜD

Endlich wird die Sporthalle Süd an der Vorgebirgsstraße generalsaniert. Für die Baumaßnahme stellt der Rat noch in diesem Jahr knapp 6 Millionen Euro zur Verfügung. Die Halle ist zentrale Anlage für den gesamten Kölner Schul- und Vereinssport. Sie wird neben dem Sportbetrieb der normalen Vereine vor allem für den Schulbetrieb sowie sportliche Sonderveranstaltungen benötigt. Auch die SC Fortuna nutzt die Räumlichkeiten für ihren Vereinsbetrieb. Die Sporthalle wurde 1974 nach dem damaligen Stand der Technik errichtet und ist laut Stadtverwaltung infolge der starken Nutzung äußerst sanierungsbedürftig.

Den Planungsbeschluss zur Generalsanierung fasste der Rat bereits 2011, nun soll die Genehmigungsplanung erstellt, die Baugenehmigung beantragt und die Ausschreibung der geplanten Arbeiten vorgenommen werden. Durch die Sanierung wird die Halle auf den heutigen Stand der Technik gebracht. Zudem wird sie als barrierefreie Sporteinrichtung umgestaltet. Nach dem Umbau können bis zu 600 Besucher in der neuen Halle Platz finden.

Weiterführend:

http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=46961&voselect=13474



BILDUNGSLANDSCHAFT BLÜHT AUF

Mit großer Mehrheit beschloss der Rat am Mittwochabend die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft Altstadt-Nord. Für die Baumaßnahmen am Hansa-Gymnasium sind rund 25 Millionen Euro eingeplant. Zusätzliche 1,7 Millionen Euro sind für die Einrichtungskosten vorgesehen. Der Entwurf sieht eine Generalsanierung des gründerzeitlichen Altbaus vor, der zu großen Teilen unter Denkmalschutz steht. Zusätzlich wird auf dem Gelände ein Erweiterungsbau errichtet.

Bereits 2006 beauftragte der Rat die Verwaltung mit der Entwicklung des Modellprojektes Bildungslandschaft Altstadt-Nord. Im Jahr 2010 beschloss der Stadtrat die Planung und Realisierung des Gesamtprojektes. Die vorgesehene Baumaßnahme im Baufeld A (Hansa-Gymnasium) ist Teil des Gesamtprojektes. Das Gesamtbudget sowie der Baubeschluss zum Bau Feld B wurden bereits in der vergangenen Sitzung des Rates im Februar beschlossen. Um den Zeitplan der Baumaßnahme einzuhalten wird das Hansa-Gymnasium in den Sommerferien 2015 in das Gebäude des benachbarten Abendgymnasiums ausgelagert. Die Fertigstellung des generalsanierten Gymnasiums ist für 2018 vorgesehen.

Weiterführend:

Weitere Informationen sind im Internet unter folgendem Link zu finden:
http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=49199&voselect=13474





NEUER SCHWERPUNKT FÜR SCHULE IN CHORWEILER

Ab Sommer 2015 wird die Förderschule in der Soldiner Straße in Chorweiler um den Schwerpunkt Emotionale und Soziale Entwicklung ergänzt. Bislang liegt der Schwerpunkt auf dem Bereich Lernen. Die Schule wird zukünftig beide Schwerpunkte in einem Verbund in integrativer Form führen. Der Rat beauftragte die Verwaltung, die notwendige Genehmigung dafür bei der Schulaufsichtsbehörde zu beantragen.

Die Schule liegt derzeit mit 182 Schülerinnen und Schülern noch über der erforderlichen Mindestgröße für Förderschulen Lernen. Ein Absinken der Schülerzahl ist jedoch zu befürchten, da die jüngeren Jahrgänge wesentlich schwächer besetzt sind.

Mit der Erweiterung um den Schwerpunkt „Emotionale und Soziale Entwicklung“ hofft die Verwaltung auf eine Stärkung und Absicherung der Schule, um im Stadtbezirk Chorweiler für Kinder mit besonderem sonderpädagogischen Förderbedarf auch zukünftig eine entsprechende Schule anbieten zu können. Die Schulkonferenz der Förderschule Soldiner Straße hat Anfang März den Überlegungen des Schulträgers zugestimmt.

Inwieweit auch der Förderschwerpunkt Sprache in den neuen Verbund einbezogen werden kann, soll zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

🔗 **Weiterführend:** http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=49646&voselect=13474

PLANUNGSSICHERHEIT FÜR BILDENDE KUNST

Auf Basis des von der SPD initiierten Förderkonzeptes für Bildende Kunst fördert die Stadt das Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstler. „Das Konzept sieht vor, mit jahresübergreifenden Förderungen ausgesuchten Initiativen die Möglichkeit zu geben, verlässlicher zu planen, professionelle Organisationsstrukturen aufzubauen und so ihr inhaltliches Programm zu schärfen oder sich mit überregionalen Partnern zu vernetzen,“ so Prof. Klaus Schäfer, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln. Der bewilligte Projektkostenzuschuss für das Kulturwerk des BBK e. V. wird ab dem kommenden Haushaltjahr als fester Betriebskostenzuschuss gezahlt. Die jährliche Förderung beträgt 30.000 Euro.

🔗 **Weiterführend:**
http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=49806&voselect=13474



NEUE GRUNDSCHULEN FÜR MARIENBURG UND JUNKERSDORF

Aufgrund des dringenden Bedarfs an zusätzlichen Grundschulplätzen beschloss der Rat in seiner aktuellen Sitzung den Neubau zweier Grundschulen. An der Gaedestraße in Marienburg baut die Stadt ein 3-züiges Grundschulgebäude mit einer Turnhalle, in Junkersdorf entsteht auf dem Grundstück Statthalterhofallee ein 2-züiges Schulgebäude mit ebenfalls einer Sporthalle.

In Marienburg hatte die Verwaltung zu diesem Zweck bereits ein Grundstück erworben, auf dem ein dreizüiges Grundschulgebäude realisierbar ist. Vor allem das dort vorgesehene Neubaugebiet lässt den Bedarf an Grundschulplätzen steigen. Um das Verfahren zu beschleunigen prüft die Verwaltung derzeit die Umsetzung einer modularen Elementbauweise. Zu Beginn des Schuljahres 2020/2021 werden die neuen „I-Dötzchen“ dort einziehen. Die Schule soll als offene Ganztagschule geführt werden.

Auch in Junkersdorf, Weiden und Lövenich machen zusätzliche Neubaugebiete und Zuzüge weitere Grundschulplätze erforderlich. Dazu kaufte die Stadt das Grundstück der ehemaligen belgischen Schule an der Statthalterhofallee an. Dort führt schon die Ildefons-Herwegen-Grundschule einen Teilstandort, der in die Planung für eine später neue 3-züige Grundschule einbezogen wird. Um die schulrechtliche Genehmigung zu erleichtern ist die neue Schule zunächst nur zweizüig geplant. Auch hier prüft die Verwaltung die Umsetzung in modularer Elementbauweise. Im Raumprogramm ist auch Platz für sogenannte Seiteneinsteigerklassen vorgesehen.



🔗 Weiterführend:

http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=48437&-voselect=13474

http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=49638&-voselect=13474

FREIE FAHRT ÜBER DEN PERLENGRABEN

In seiner heutigen Sitzung hat der Rat mit den Stimmen der SPD-Fraktion die Sanierung und Verstärkung der Brücke Tel-Aviv-Straße über den Perlegraben beschlossen. Bei Überprüfungen der Straßenbrücke wurden Schäden festgestellt, die eine Sanierung notwendig machen.

Zwischenzeitlich hat sich der Zustand weiter verschlechtert und erfordert schnelles Handeln. Neben der Sanierung ist zudem eine Verstärkung des Bauwerks notwendig, um den verkehrlichen Anforderungen zu genügen.

Susana dos Santos-Herrmann, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion dazu: „Die Sanierungsmaßnahmen müssen zügig, gut koordiniert und gut kommuniziert durchgeführt werden, damit unsere Infrastruktur für den zunehmenden Verkehr unserer wachsenden Stadt gewappnet ist. Eine Sperrung dieser wichtigen Hauptverkehrsader des Individualverkehrs dürfen wir auf keinen Fall riskieren.“

Für einen Teil der Sanierungskosten von rund 2,5 Millionen Euro wird die Verwaltung einen Förderantrag bei der Bezirksregierung einreichen. Bis zum Baubeginn im Januar 2016 gelten ein Überholverbot und eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Damit wird die Standsicherheit gewährleistet und der weiteren Verschlechterung des Brückenzustands vorgebeugt.

🔗 http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=48004&voselect=13474



CC-Bildrechte: Flickr - Ralf Kühne

BREITES BÜNDNIS IN SACHEN TTIP, CETA & TISA

Unter maßgeblicher Beteiligung der SPD-Ratsfraktion hat der Rat heute mit großer Mehrheit eine Resolution zum Umgang und weiteren Verfahren bezüglich der Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA verabschiedet. Grundlage für den Beschluss ist der Bürgerantrag des Kölner Bündnisses NO-TTIP, mit dem die Kölner Bürgerinnen und Bürger ihren Befürchtungen zu den Auswirkungen von Freihandelsabkommen Ausdruck verleihen.

Gemeinsam mit dem Kölner Bündnis wurde eine Position erarbeitet, die eine breite Zustimmung im Rat fand. Jörg van Geffen, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion dankt dem Kölner Bündnis für seine Initiative: „Das Bündnis hat mit viel Engagement hervorragende Arbeit geleistet und den Boden für eine starke Mehrheitsposition geebnet. Ich freue mich, dass die Kölner Bürgerinnen und Bürger sich gewissenhaft mit den Vor- und Nachteilen von Freihandelsabkommen auseinandersetzen, denn die Auswirkungen werden nicht irgendwo in Europa spürbar, sondern betreffen hier vor Ort, die kommunale Daseinsvorsorge, die städtischen Gesellschaften und auch kleine und mittelständische Unternehmen.“

Mit dem Beschluss fordert der Rat, die Ratifizierung und Beschlussfassung zu CETA zu stoppen und die Zustimmung zu den derzeit in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen TTIP und TiSA – wie auch zu allen künftigen Abkommen – grundsätzlich von folgenden Bedingungen abhängig zu machen:

- Demokratie und Transparenz bei der Verhandlung von Handelsabkommen
- Freiheit für unsere nachfolgenden Generationen, über Abkommen ganz oder in Teilen neu zu entscheiden
- Wahrung von europäischen Standards zu Arbeitnehmerrechten, Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutz
- Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge vor dem Zwang zur Liberalisierung oder Privatisierung
- Ablehnung von Investitionsschutzregelungen mit Entscheidung über Schadensersatzklagen vor privaten Schiedsgerichten



Martin Börschel, Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion, hält den heutigen Beschluss für ein wichtiges Signal in Richtung Bundesregierung und Europäisches Parlament:

„Nur unter den heute formulierten Bedingungen können durch Freihandelsabkommen unsere Handelsbeziehungen intensiviert, fair und nachhaltig gestaltet werden.“

🔗 Weiterführend:

<http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050>.



ERNEUERBARE ENERGIEN FÜR STÄDTISCHE GEBÄUDE

Stromlieferanten der Stadt Köln sollen demnächst mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen liefern. Der Rat beschloss den gestiegenen Umweltaspekten gerecht zu werden und bat die Verwaltung bei der Ausschreibung neuer Stromlieferverträge für städtische Gebäude darauf zu achten, dass mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Entscheidend für den Klimaschutz ist aber auch der CO₂-Ausstoß, der zukünftig reduziert werden soll.

Der aktuelle Stromliefervertrag endet Ende 2015, ab 01.01.2016 ist ein neuer Vertrag abzuschließen. Nach den vergaberechtlichen Bestimmungen ist dazu ein europaweites, offenes Verfahren zu wählen.